

Prag: Frische Blumen für die Helden von 1945

„Wir rufen alle Tschechen!“, hieß es am 5. Mai 1945 im Prager Rundfunk. Was folgte, war ein viertägiger Kampf, mit dem sich Prag vor Eintreffen der Roten Armee selbst befreien wollte. Beim Gedenken am Dienstag verwiesen Redner auch auf aktuelle Gefahren.

Gerald Schubert aus Prag

Der Prager Aufstand begann mit einer Zeitansage: „Je sechs hodin“, es ist sechs Uhr, vermeldete Rundfunkmoderator Zdeňek Mančal am Morgen des 5. Mai 1945. Das deutsche Wort „sechs“ war das letzte Zugeständnis an die nationalsozialistischen Besatzer, von nun an sollte im Rundfunk nur tschechisch gesprochen werden. Die Prager waren begeistert: Mančal nahm im Studio telefonische Gratulationen entgegen, die Menschen in den Straßen demontierten spontan die Symbole der Okkupanten.

Die Besatzungsbehörden wollten den Rundfunk rasch wieder auf Linie bringen – und die deutsche Sprache zurück in den Äther. Doch längst hatte sich Mančal im Studio eingeschlossen, Mitarbeiter des Rundfunks hatten die deutschen Wegweiser im Gängegewirr des Hauses beseitigt. Was folgte, war der Versuch, den Rundfunk mit Gewalt zurückzuerobern. Um die Mittagszeit, als das Haus bereits unter Beschuss stand, gab es eine Durchsage, die heute als eigentlicher Startschuss für den Aufstand gilt. Es war ein Aufruf zur Verteidigung der erst wenige Stunden alten Freiheit des Radios: „Wir rufen alle Tschechen!“

Vier Tage lang wurde daraufhin in der Vinohradská und in vielen

anderen Straßen Prags gekämpft. Den Aufständischen gelang es, Barrikaden zu errichten, Waffen zu erbeuten und die Besatzer nach und nach in die Defensive zu zwingen. Neueren Forschungen zufolge verloren dabei fast 3000 Tschechinnen und Tschechen ihr Leben, davon 170 in der Schlacht um das Funkhaus. „Unsere Vorfahren haben ihr Schicksal selbst in die Hand genommen“, erklärte Premier Bohuslav Sobotka am Dienstag bei der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Aufstands vor dem Rundfunkgebäude. „Sie wollten den Alliierten eine Stadt übergeben, die bereits in ihren Händen ist.“ Als am Morgen des 9. Mai die Rote Armee anrückte, gab es in Prag kaum mehr deutschen Widerstand.

„Der Aufstand hatte durchaus eine militärische Bedeutung“, sagt Tomáš Jelínek, Geschäftsführer des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds. „Er band die Kräfte der Deutschen, verhinderte vermutlich andere Kämpfe auf dem Gebiet der früheren Tschechoslowakei und trug dazu bei, den Krieg schneller zu beenden.“ Später aber sei eine Reihe von Mythen in die Welt gesetzt worden, sagt Jelínek. „Die Rolle des kommunistischen Widerstands wurde betont, die Bedeutung anderer Widerstandsgruppen wurde marginalisiert. Der Prager Aufstand sollte

der Legitimation des kommunistischen Regimes dienen.“

Auch was auf die Befreiung vom Nationalsozialismus folgte, nämlich die Enteignung und Vertreibung der Sudetendeutschen und Gewaltexzesse gegen die deutsche Zivilbevölkerung, hat Narben im nachbarschaftlichen Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen hinterlassen. Dafür, dass diese verheilen, sorgt unter anderem der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds, der – von beiden Regierungen unterstützt – unter Jelínks Leitung jährlich hundert bilaterale Projekte finanziert.



Stolz auf die eigene Leistung bei der Befreiung von den Nazis: Veteran beim Gedenken am Dienstag.

Foto: Gerald Schubert



Aufstand wurde später mythologisiert: Tomáš Jelínek.

Foto: Gerald Schubert

Syrien: Neue Offensiven und alte Dialogforen

Kämpfe im Südosten von Damaskus nach Verlusten für Regime in Idlib

Gudrun Harrer

Damaskus/Wien – Mit dem Frühjahr – nach einem ungewöhnlich harten Winter – nehmen in Syrien auch die militärischen Offensiven wieder an Fahrt auf, und Beobachter sehen erstmals seit langer Zeit das Assad-Regime zumindest teilweise in ernsthafter Bedrängnis. Das gilt auf alle Fälle für die Provinz Idlib im Nordwesten, wo die Regierungstruppen bereits im April die Städte Idlib und Jisr al-Shughur verloren – und damit wichtige strategische Eckpunkte, von denen aus Territorium zurückgewonnen werden sollte. Wenn dieser Trend weitergeht, könnte das Assad-kontrollierte Gebiet weiter auf Damaskus und auf die Küstenregion schrumpfen.

Es gibt aber auch noch andere Brennpunkte. In den Qalamun-Bergen an der libanesischen Grenze steht eine Offensive von Hisbollah und syrischer Armee gegen Islamisten bevor, die wegen der Rolle der libanesischen Schiitenmiliz auch Auswirkungen im Libanon haben könnte. Und seit drei Tagen läuft ein Angriff der Regimetruppen im Süden und Osten von Damaskus. Diese Kampfhandlungen werden begleitet von verstärktem Terrorismus in der syrischen Hauptstadt. So soll am Wochenbeginn ein Selbstmordattentäter im Viertel Rukn al-Din, wo viele Angehörige der syrischen Sicherheitskräfte wohnen, einen General attackiert haben. Saudi-arabische Medien meldeten, dass das syrische Regime „Top-Familien“ besonders im Stadtteil Mezzeh – wo auch eine Luftwaffenbasis (und die österreichische Bot-

schaft) liegt – aufgefordert habe, sich in Sicherheit zu bringen. Bestätigt ist das nicht.

In Genf startete am Dienstag der Uno-Sondergesandte für Syrien, Staffan de Mistura, einen neuen Versuch, eine Gesprächsschiene zwischen Opposition, Regime und Regionalmächten einzurichten. Große Chancen werden ihm dabei nicht gegeben, die Bezeichnung „Genf III“ – nach Genf I im Juni 2012 und Genf II im Jänner/Februar 2014 – wäre einstweilen zu hoch gegriffen.

Genf, Moskau, Kairo, Riad ...

Ein anderer Dialogversuch – der vom Großteil der Opposition boykottiert wurde – ging Mitte April im Assad-verbündeten Moskau ergebnislos zu Ende. Auch Kairo bleibt Gastgeber der Opposition, dort jedoch fühlen sich die syrischen Muslimbrüder schlecht behandelt. Zuletzt bringt sich auch Riad als Gesprächsort – natürlich ohne syrische Regimebeteiligung – ins Spiel. Mit den stärksten Kräf-



Neuer Anlauf in Genf: Uno-Emissär Staffan de Mistura.

Foto: AP/Ronald Zak

ten am Boden, dem „Islamischen Staat“ und der Nusra-Front, redet ohnehin niemand.

Während also die politische Situation weiter feststeckt, könnten in die militärischen Fronten wieder Bewegung geraten, wobei kaum jemand annimmt, dass dies einen schnellen Fall des Regimes zur Folge haben wird. Aber Beobachter wie Jennifer Cafarella vom Institute for the Study of War bescheinigen die bessere Koordination von Anti-Assad-Kräften, die nach den Kämpfen in der Provinz Idlib auch woanders in Syrien zum Tragen kommen könnte.

Für die Kämpfe in der Provinz Idlib wurde ein neuer „Operationsraum“ gegründet, in dem die unterschiedlichen Rebellengruppen zusammenarbeiten, ohne organisatorisch zusammenzugehen: Jaish al-Fath (Eroberungsheer). Dazu musste die erfolgreiche Nusra-Front ihre Operationsweise aufgeben, andere Organisationen zu schlucken. Nun lässt sie den anderen ihre Eigenständigkeit – ist aber die stärkste Kraft im Hintergrund. Das dürfte die internationale Befriedigung über die Verluste der Assad-Armee einigermaßen schmälern: Immerhin wird hier eine zu Al-Kaida gehörige Organisation stärker.

Die Nusra-Front profitiert auch von den Angriffen der US-geführten Koalition auf ihren Haupttrivale, den „Islamischen Staat“. Die anderen Rebellengruppen können zuletzt auf bessere Unterstützung aus dem Ausland zählen: Dass Saudi-Arabien und die Türkei ihre Konkurrenz in Syrien nun besser im Griff haben, kommt den Rebellen zugute. **Kommentar S. 32**

Netanjahu in die Enge gedrängt

Israel: Hektischer Koalitionspoker vor Fristablauf

Ben Segenreich aus Tel Aviv

Kurz vor Ablauf der Deadline für die Regierungsbildung findet sich Israels Premier Benjamin Netanjahu, der nach den Parlamentswahlen im März mit den 30 Mandaten seines konservativen Likud optisch der starke Mann war, in einer Position der Schwäche wieder. Bis spätestens heute, Mittwoch, Mitternacht muss der Premier Staatspräsident Reuven Rivlin mitteilen, dass er eine Koalition beisammenhat. Netanjahu ist dabei der nationalreligiösen Partei „Das Jüdische Heim“ von Naftali Bennett ausgeliefert – mit ihr käme er noch genau auf das Minimum von 61 der 120 Mandate. Am Montag hatte der bisherige Außenminister Avigdor Lieberman einen Paukenschlag gesetzt, als er mitteilte, dass er in die Opposition geht.

„Was entsteht, ist keine nationale Regierung, sondern eine Regierung, die eine Verkörperung von Opportunismus und Konformismus ist“, begründete Lieberman, Chef der weit rechts stehenden Partei „Unser Heim Israel“, seine Entscheidung. Sein persönliches Verhältnis zu Netanjahu soll sich über die letzten Jahre verschlechtert haben, doch Lieberman führte ideologische Motive an, die es ihm unmöglich machen würden, das Programm der künftigen Regierung mitzutragen. So würde etwa der Siedlungsausbau stillschweigend gedrosselt, und Netanjahu fahre keine gerade Linie gegenüber den Palästinensern: „Mit solchen Zickzacks kann man sich nicht den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen stellen.“ Der antireligiöse Lie-

Häufig findet man darunter auch heute frische Blumen.

Einige Festredner verwiesen am Dienstag auch auf neue Gefahren für Freiheit und Demokratie in Europa. „Man sollte diese Dinge aber nicht vermischen“, so Kulturminister Daniel Herman zum STANDARD. Jede Zeit habe ihren eigenen Kontext. Im Mai 1945 war die herannahende Rote Armee eine der Befreiung; am 21. August 1968, als die Niederschlagung des Prager Frühlings begann, aber eine der Besatzung. Auch an diesem Jahrestag werden vor dem Funkhaus Kränze niedergelegt.

berman kann sich aber auch schlecht damit abfinden, dass Netanjahu schon fertige Abkommen mit den beiden strengreligiösen Parteien in der Tasche hat. Darin werden viele der Reformen zurückgerollt, die die bisherige Regierung sehr zum Unwillen der Religiösen eingeleitet hatte.

Finanzminister fixiert

Fix bei Netanjahu unterschrieben hat auch schon Mosche Kahlon, der mit seiner Zentrumsparterie die Rechtslastigkeit der Regierung etwas ausbalancieren soll. Kahlon, der populäre Ritter des Kampfes gegen hohe Preise, Banken und Monopole, war von vornherein als Finanzminister feststanden. Alle Beobachter rechneten damit, dass nun Bennett bis zum letzten Moment pokern würde, um für seine Partei zusätzliche Ressourcen und Kompetenzen zu ergattern. Die insgesamt sechswöchige Frist für die Regierungsbildung kann nicht mehr verlängert werden – sollte Netanjahu sie nicht einhalten können, könnte Rivlin an jeden der 119 anderen Abgeordneten einen neuen Auftrag vergeben, aber nicht an Netanjahu. Wenn dieser die neue Koalition zustande bringt, wird er vermutlich versuchen, in einer zweiten Phase doch noch die Arbeiterpartei an Bord zu holen. Aber deren Chef Yitzhak Herzog hat zuletzt wieder abgewinkt: „Es gibt keine Möglichkeit für eine Einheitsregierung – jetzt ist allen klar, dass von einer weiteren Regierung des nationalen Scheiterns die Rede ist, die von ihrem ersten Tag an schwächer, erpressbarer und unbeweglicher sein wird.“